

Übersichten

Außenpolitik

*(1)

Japan protestiert gegen chinesische Atomtests durch Sperrung der Entwicklungshilfe

1995 hat die VR China gegen den Protest seiner Nachbarn, vor allem Japans, zwei Atomtests durchgeführt, nämlich am 15. Mai und am 17. August. Auf den zweiten Schlag reagierte Tokyo mit Einstellung der restlichen Entwicklungshilfe für das laufende Jahr 1995. (Näheres dazu im Nukleartest-Thema in diesem Heft) -we-

*(2)

Greenpeace-Protest gegen Nukleartests in Beijing

Am 15. August entrollten sechs Aktivisten von Greenpeace auf dem Platz vor dem Tor des Himmlischen Friedens in Beijing ein Transparent, das auf Chinesisch und Englisch zum Nuklearteststopp aufforderte. Die Aktivisten wurden auf der Stelle verhaftet und am nächsten Tag ausgewiesen. (Näheres dazu im Thema des vorliegenden Hefts) -we-

*(3)

Der chinesisch-amerikanische Konflikt geht weiter

Atomtests in Lop Nor, Raketentests vor Taiwan, Massenhinrichtungen am Vorabend der Weltfrauenkonferenz, Verhaftung von Menschenrechtsaktivisten, Ausweisung von US-Diplomaten: Die VR China will z.Z. offensichtlich kein Fettnäpfchen unbetreten lassen, wobei der Kampf zwischen zwei Bürokratien, nämlich dem Außenministerium und den Militärs, immer deutlicher hervortritt: offensichtlich weiß die linke Hand nicht mehr, was die rechte tut.

Das neue Verhalten begann mit der Genehmigung einer ausdrücklich als "privat" bezeichneten Reise des taiwanesi-

schen Präsidenten Li Denghui in die USA, woraufhin Beijing seinen Botschafter aus den Vereinigten Staaten abzog und sich gleichzeitig weigerte, dem neuen amerikanischen Botschafter in China das Akkreditiv zu erteilen.

Darüber hinaus veranstaltete die VBA zwischen dem 21. und dem 28. Juli 1995 eine regelrechte Raketenserie auf Zielgebiete, die nur rd. 140 km nördlich des mit den USA eng liierten Taiwan liegen. Gleichzeitig schlug der Fall des am 19. Juni 1995 verhafteten chinesischen Bürgerrechtlers Wu Hongda ("Harry Wu") große Wellen. Wu, der von der *South China Morning Post* als ein "Ein-Mann-Menschenrechtswirbelsturm" bezeichnet wird, hatte 19 Jahre lang in Mao Zedongs Umerziehungslagern gesessen, weil er 1956 den sowjetischen Einmarsch in Ungarn kritisiert hatte und deshalb zum "Rechtsabweichler" abgestempelt worden war - zumindest aus der damaligen maoistischen Sicht. In seiner Autobiographie beschrieb er seine Leiden und versichert, daß ihn einzig die Hoffnung am Leben erhalten habe, der Welt einmal das verbrecherische System dokumentieren zu können. 1979, ein Jahr nach der Machtübernahme der Reformer, war er freigekommen und sechs Jahre später in die USA übersiedelt. Dort schrieb er Bücher über die chinesischen Gefangenenlager und gründete eine "Stiftung für Laogai ("Umformung durch Arbeit")-Forschung". Mehrmals kehrt er anonym nach China zurück, besuchte - als wohlhabender Überseechinese auf Geschäftsreise getarnt - mit versteckter Kamera mehrere Arbeitslager und brachte aufsehenerregende TV-Dokumentationen heraus. Nicht zuletzt diese Dokumente waren es, die in den USA eine Diskussion über das Verbot von chinesischen Importgütern auslöste, die in Zwangsarbeit hergestellt würden. Mit der BBC produzierte er später einen Film, der beweisen sollte, daß in China der Handel mit Organen hingerichteter Opfer üblich sei.

Am 19. Juni war Wu bei einer Einreise via Kasachstan in Westchina festgenommen und anschließend einem Ver-

fahren in Wuhan unterzogen worden, wo er eine Gefängnisstrafe von 15 Jahren erhielt. Zugleich verfügte das Gericht die Ausweisung Wus, weil von Beijing offensichtlich eine entsprechende Weisung ergangen war: hatte doch die US-Präsidentengattin Hillary Clinton damit gedroht, daß sie an der bevorstehenden Weltfrauenkonferenz nicht teilnehmen wolle, falls Wu Hongda nicht in die USA entlassen würde.

Am 25. August traf Wu, zwei Monate nach seiner Verhaftung, wieder an seinem kalifornischen Wohnort ein. Mit dieser Entlassung hatten sich offensichtlich die "Realisten" der Außenpolitik gegen die "Falken" des Sicherheits- und Militärspektrums durchsetzen können.

Als sollte dieser Erfolg der "Realisten" jedoch sogleich wieder verwischt werden, folgte bereits am 3. August die Ausweisung zweier amerikanischer Diplomaten, denen vorgeworfen wurde, sie seien in militärisches Sperrgebiet eingedrungen und hätten dort fotografiert und gefilmt; man habe sie am 29. Juli auf frischer Tat ertappt. Die amerikanische Seite leugnete den Vorwurf zwar nicht, daß die beiden möglicherweise mit der Beobachtung der Raketentests beauftragt worden seien, doch zeigte man sich etwas erstaunt, daß die Chinesen so hart reagierten, nachdem es gerade vorher, am 1. August, zu Wiederannäherungsgesprächen zwischen den beiden Außenministern am Rande der ASEAN-Konferenz in Brunei gekommen war. (XNA, 2.8.95)

Seit diesem Treffen wies die chinesische Seite mehrere Male darauf hin, daß das allererste Kriterium für eine Renormalisierung ein "richtiges" Verhalten der USA in der Taiwan-Frage sei. Mit der Genehmigung des Li Denghui-Besuches habe Washington aufs schwerste gegen die amerikanisch-chinesischen Abmachungen verstoßen, die in insgesamt drei Grunddokumenten feierlich festgeschrieben worden seien. (XNA in SWB, 24.8.95) Die Normalisierung hänge einzig und allein vom amerikanischen Verhalten in der Taiwan-Frage ab - dies könne man nicht oft genug betonen. (So ein Sprecher des Außenministeriums am 29. August 1995, XNA in SWB, 30.8.95) Wegen der Einladung Li Denghuis in die USA seien die amerikanisch-chinesischen Beziehungen auf ihren "niedrigsten Stand seit Aufnahme der diplomatischen Beziehungen vor 16 Jahren gesunken". (XNA, 23.8.95) Die USA hätten seit Gründung der Volksre-

publik immer wieder Schritte unter-
nommen, um China in seiner Entwick-
lung zu behindern, sei es, daß sie jahre-
lang eine Blockade verhängt haben oder
daß sie die Volksrepublik militärisch im
Zaume zu halten versuchten, wobei sie
sich vor allem Taiwans und der 1954
gegründeten SEATO bedienten. Vor
allem aber habe in dieser Anti-Strategie
immer wieder Taiwan die entscheidende
Rolle gespielt. Die Einladung Lis in die
USA liege ganz auf dieser Linie. Das
1,2-Mrd.-Volk der Chinesen wolle
Dreistigkeiten dieser Art nicht länger
hinnehmen. (XNA, 23.8.95) Die Ame-
rikaner betrieben mit ihrer Taiwan-Poli-
tik auch heute noch eine "Eindäm-
mung" Chinas und zeigten damit
Großmachtgelüste. (XNA, 16.8.95)
Überhaupt kommt das Wort "contain-
ment" in diesen Monaten besonders
häufig in den chinesischen Verlautbar-
ungen gegenüber den USA vor. Auch
der Hinweis, daß Taiwan im chinesis-
amerikanischen Verhältnis die "Schlüs-
selfrage" bleibe, gehört mit zu den häu-
fig wiederholten Standardformulierun-
gen. China scheint hinter jeder US-Ak-
tion neuerdings eine konspirative Hand-
lung zu sehen und warnt die USA sogar
vor einem "kalten Krieg Nr. 2".

Trotz aller Nadelstiche blieb aber das
chinesische Außenministerium auf Ver-
söhnungskurs, dessen erste Zeichen im
Zusammenhang mit der Beijing-Visite
des Stellvertretenden amerikanischen
Außenministers Tarnoff sichtbar wur-
den. Trotz fortbestehender "fundamen-
taler Meinungsverschiedenheiten" über
Taiwan und die Menschenrechte solle
man erneut aufeinander zugehen: Zu-
nächst einmal sollten die Außenminister
Christopher und Qian Ende September
bei den Vereinten Nationen in New
York zusammentreffen und weitere Be-
sprechungen führen. Anschließend solle
es, im Oktober, zu einer Begegnung
zwischen den beiden Präsidenten Clin-
ton und Jiang kommen, wobei das Tref-
fen entweder in Washington oder am
Rande der 50. UN-Herbsttagung in
New York stattfinden könne.

Die chinesische Seite zeigte sich mit
diesen Vorschlägen einverstanden.

Mehrere Republikaner protestierten hier
allerdings mit dem Hinweis, daß ein
solches Treffen mit dem amerikanischen
Präsidenten ein "Propaganda-Coup" für
die chinesischen Kommunisten und eine
unverdiente Belohnung für notorische
Menschenrechtsverletzer sei. -we-

*(4)

China in Afrika: Beginnt ein Zeitalter der Joint Ventures?

Vom 17. Juli bis 5. August 1995 be-
suchte der Stellvertretende Ministerprä-
sident und für Wirtschaftsangelegenhei-
ten innerhalb des Politbüros zuständige
Zhu Rongji sieben Länder in Südafrika,
und zwar Angola, Botswana, Zimba-
bwe, Namibia, Mocambique, Tanzania
und Zambia. (Vgl. dazu XNA, 3., 4.
und 6.8.95)

Vier Erkenntnisse habe er bei dieser
Reise gewinnen können, versicherte er
nach seiner Rückkehr in Beijing:

(1) Mit nicht weniger als 53 Ländern
stelle Afrika die Hälfte der Blockfreien
Länder und ein Drittel der Mitgliedstaa-
ten der UNO. Damit sei es eine bedeut-
same politische Kraft, die niemals ger-
ing geschätzt werden dürfe. (2) Trotz
aller Stärke seien die Länder Afrikas
mit vielen Problemen (langsameres Wirt-
schaftswachstum, Finanzdefizite, Infla-
tion, Schuldenlasten und Gefälle zwi-
schen Arm und Reich) konfrontiert, die
z.T. eine Folge der "kolonialistischen
Ausplünderung" und der weiterhin be-
stehenden "unvernünftigen und unge-
rechten Weltwirtschaftsordnung" seien.
Nach wie vor exportiere Afrika auch
heute noch zumeist Primärprodukte. Es
fehle an Fachkräften, die die Verarbei-
tung betreiben könnten. (3) Nach wie
vor werde Afrika von konkurrierenden
Kräften manipuliert, zumeist dadurch,
daß Wirtschaftshilfe an politische Be-
dingungen geknüpft werde. Auch die
"Taiwan-Behörden" mischten in diesem
Spiel kräftig mit, um sich diplomatische
Anerkennung zu verschaffen. (4) Die
chinesisch-afrikanische Freundschaft,
die von den Staatsführern der älteren
Generation aufgebaut wurde, werde
vom chinesischen Volk (!) nach wie vor
anerkannt und müsse auf neue Art und
Weise fortgesetzt werden.

Hierfür unterbreite er, Zhu, folgende
Vorschläge: Projekte, die mit chinesi-
scher Hilfe gebaut wurden, sollten
künftig, wenn die Gastländer damit ein-
verstanden seien, (1) in Form von Joint
Ventures weiterbetrieben werden, um
so alle Möglichkeiten voll zur Entfal-
tung zu bringen und vor allem geeigne-
te Manager auszubilden. (2) Leistungs-
fähige chinesische Betriebe sollten er-
mutigt werden, mit afrikanischen KMU
zusammenzuarbeiten. (3) Zu diesem
Zweck solle die chinesische Regierung

weiche Kredite bereitstellen, die den
Gemeinschaftsunternehmen einen gün-
stigen Start ermöglichen könnten. Es
gelte, zu diesem Zweck in Afrika
Zweigstellen der Bank of China einzu-
richten. (4) Neben den Krediten sollen
auch in Zukunft Entwicklungsspenden
für öffentliche Einrichtungen und So-
zialleistungen gewährt werden, soweit
dies "Chinas Finanzkraft zuläßt".

Alles in allem könne man feststellen,
daß der Süden Afrikas von einer unru-
higen zu einer stabilen Lage übergegan-
gen sei, so daß China hier zur rechten
Zeit einsteige.

Was Zhu Rongji in diesem Zusammen-
hang allerdings nicht erwähnte, war die
für Beijing betrübliche Tatsache, daß
Südafrika nach wie vor mit Taiwan di-
plomatische Beziehungen unterhält.
Beijing ist darüber um so enttäuschter,
als es jahrzehntelang die Entlassung
Mandelas, des heutigen Staatspräsi-
denten, aus den Gefängnissen der südafri-
kanischen Apartheid-Politiker gefordert
hatte.

Während seiner Reise unterzeichnete
Zhu auch eine Reihe von Abkommen,
so z.B. ein Kreditabkommen mit Zam-
bia. (XNA, 4.8.95)

Gerade in Südafrika hat sich China im
Laufe der Jahrzehnte immer wieder mit
größeren Entwicklungsprojekten profi-
liert, so z.B. durch den Bau der Tanzam
Railway in den 60er Jahren sowie durch
die Unterstützung des Eisenbahnbaus in
Botswana i.J. 1987 (XNA, 17.9.87),
aber auch durch Gründung der chine-
sisch-tanzanischen Joint Shipping Com-
pany i.J. 1967 und nicht zuletzt durch
den Ausbau militärischer Verbindungen
mit Tanzania und Zambia. (Dazu XNA
in SWB, 13.10.93)

Sollen auch diese Projekte, die bekann-
termaßen mit roten Zahlen arbeiten, in
Joint Ventures übergeführt werden?
-we-

*(5)

Erinnerungen an das Kriegsende vor 50 Jahren

Am 15. August 1945 unterzeichnete Ja-
pan seine Kapitulation. Dieses Ereignis
fand schon im Vorfeld in der chinesi-
schen Presse - und Propaganda! - brei-
teste Aufmerksamkeit: Bereits am 9.
Mai hatte Staatspräsident Jiang Zemin
an den Siegesfeiern in Moskau teilge-
nommen. (C.a., 1995/5, Ü 1)

CHINA aktuell

Am 9. Juni 1995 hatte das japanische Unterhaus nach monatelangem Tauziehen eine Resolution zum bevorstehenden 50. Jahrestag des Kriegsendes verabschiedet, die nicht nur zu Hause, sondern auch im Ausland - und hier vor allem in China - auf Kritik gestoßen war. (C.a., 1995/6, Ü 1)

Vor allem im Zusammenhang mit dem 15. August aber wurde der Stab besonders kräftig über Japan und seinen "Kriegsverbrechen" gebrochen. Xinhua brachte eine Chronologie der japanischen Kriegsverbrechen in China heraus und deckte dabei gleich einen Zeitraum von 1874 bis 1945 ab:

Mai 1874: Eine 3.600 Mann starke japanische Expeditionsmacht fällt in Taiwan ein; Juli 1894: Japanischer Flottenüberfall. Chinas Flotte wird weitgehend vernichtet. Die Japaner dringen in die Provinz Liaoning ein und begehen dort vor allem in Dalian und Lüshun ein Massaker an 20.000 Menschen. März 1895: Im Vertrag von Shimonosiki unterzeichnet China Kapitulationsbedingungen und muß gleichzeitig Taiwan abtreten. 1900: Japan schließt sich einer 8-Mächte-Allianz an und nimmt (zusammen mit Truppen Rußlands, Großbritannien, der USA, Deutschlands, Frankreichs, Italiens und Österreichs) an der Belagerung Beijings teil.

September 1901: Die Regierung der Qing-Dynastie wird zum "Ungleichen Vertrag von 1901" gezwungen, der als "Boxerprotokoll" bekanntgeworden ist.

Januar 1905: Japanische Truppen erobern große Teile Fengtians (jetzt Shenyang); Mai 1915: Japan unterbreitet dem Yuan Shikai-Regime die "21 Punkte-Forderung", die, wäre sie erfüllt worden, China in totale Abhängigkeit zu Japan gebracht hätte; Mai 1925: Japanische Truppen schießen in Shanghai auf streikende Arbeiter; März 1926: Japanische Kriegsschiffe beschießen das Dagu-Fort in Tianjin; Mai 1928: Beim Massaker von Jinan töten die Japaner 1.000 chinesische Soldaten und Zivilisten; im Juni ermorden sie den wichtigsten Kriegsherrn in Nordostchina, Zhang Zuolin.

1931 inszenieren die Japaner den "Zwischenfall vom 18. September" in Shenyang und benutzen diesen Vorwand zur Eroberung des gesamten chinesischen Nordostens (der früheren Mandschurei), wodurch 30 Mio. Chinesen unter japanische Herrschaft geraten.

Januar 1932: Die japanische Armee marschiert in Shanghai ein; März 1932: Das Kaiserreich Manzhouguo, ein "Marionettenregime", wird gegründet.

Mai bis Juni 1933: Japanische Truppen besetzen die nordchinesischen Provinzen Jehol und Chahar und Teile von Hebei, so daß sie nunmehr bis fast an die Stadtgrenzen von Beijing und Tianjin herangekommen sind.

7. Juli 1937: Der von den Japanern inszenierte "Zwischenfall an der Marco Polo-Brücke" nahe Beijing führt zum Angriffskrieg gegen China und wird damit zum Ausgangspunkt für den Zweiten Weltkrieg in Fernost. August bis November 1937: Eroberung Shanghais; Dezember 1937: Eroberung Nankings und Massaker an 300.000 unbewaffneten chinesischen Zivilisten - das inzwischen weltberühmte "Nanjing-Massaker".

Juni 1938: Eroberung von Kaifeng und Zerstörung der Deiche des Gelben Flusses in Huayuanzhou, so daß anschließend 17 Landkreise in den Provinzen Henan und Anhui überflutet wurden. Eine halbe Million Menschen ertrank und 1,4 Millionen verloren ihr Obdach. September 1938: Angriff gegen die (kommunistische) Achte Armee; Mai 1938: Eroberung des Eisenbahnknotenpunkts von Xuzhou und später von Wuhan und Guangzhou.

Juli 1939: 140.000 Soldaten greifen die (von kommunistischen Truppen verteidigte) "Antijapanische Basis" in Südost-Shanxi an und töten dabei 150.000 chinesische Soldaten und Zivilisten; Dezember 1939: Die Japaner zwingen den "Verräter" Wang Jingwei, den "Vertrag von Shanghai" zu unterzeichnen, durch den China in eine japanische Kolonie verwandelt werden soll.

Oktober 1938 bis Oktober 1940: 500.000 japanische Soldaten exekutieren eine sog. *sanking*-Politik ("alles niederbrennen, alles töten, alles vernichten"), vor allem gegen die von kommunistischen Einheiten verteidigten Gebiete. Rund 100.000 Offiziere und Soldaten der Achten Rote Armee werden getötet.

1941: Zahlreiche Luftangriffe auf chinesische Städte und großangelegte Vernichtungsaktionen in Nordchina.

1942: Fortsetzung der Vernichtungsaktionen vor allem entlang der Großen Mauer und in der Provinz Hebei; 1941

und 1942 werden 170 "Säuberungsaktionen" gegen kommunistische Einheiten in der Shanxi-Chahar-Hebei-Region durchgeführt, die 1943 fortgesetzt werden.

April 1944: Großangelegte Offensiven gegen die Provinzen Henan und Hunan, und vor allem nun auch gegen südchinesische Provinzen.

Zwischen 1934 und dem 15. August 1945 wurden die meisten chinesischen Provinzen, mit Ausnahme der fernwestlichen Region des Landes, von japanischen Truppen heimgesucht und verwüstet. Insgesamt wurden während der acht Jahre Krieg über 35 Millionen Chinesen getötet oder verwundet. China erlitt einen Verlust von rd. 562 Mrd. US\$. (XNA, 17.8.95)

Trotz all dieser himmelschreienden Verbrechen gebe es aber immer noch Japaner, die das Vorgehen der kaiserlichen Truppen zu rechtfertigen versuchten und es als "Befreiungskrieg" oder gar als "heiligen Krieg" bezeichneten. In diesem Sinne habe sich erst jüngst (1995) wieder Erziehungsminister Shimamura geäußert. (RMRB, 15.8.95, S.6)

Am 17. August brachte Xinhua eine "Chronologie der Leugner japanischer Aggressionsakte unter den japanischen Politikern" heraus, die den Zeitraum 1955 bis 1995 umfaßt. Die Liste endet mit der Ernennung des bereits erwähnten Shimamura sowie mit dem Hinweis, daß am 15. August neun LDP-Mitglieder, die dem Murayama-Kabinett angehörten, und über 70 Parlamentsmitglieder den Yasukuni-Schrein besucht hätten, der als Symbol des japanischen Militarismus bis 1945 gilt und der vor allem den Chinesen stets ein Dorn im Auge war. Die Bevölkerung sah sich aufgefordert, die "Verbrechen der japanischen Aggressoren" immer wieder aufs konkreteste zu beschreiben. Als jedoch eine ältere Chinesin ihre brutale Behandlung durch japanische Militärs als Sexobjekt/"Komfort-Frau" beschreiben wollte, unterbrach die Polizei die Pressekonferenz. Soweit wollte man nun auch wieder nicht gehen!

Angesichts dieser "empörenden Haltung" war es für Beijing doch immerhin eine Genugtuung, daß wenigstens der japanische Premierminister Murayama am 15. August "tiefes Bedauern und ehrlich gemeinte Entschuldigung für die Schäden und Leiden" aussprach, die die "japanische Aggression dem chinesischen Volk zugefügt" habe. (XNA,

17.8.95) Diese Entschuldigung müsse "positiv gewertet" werden. (So das chinesische Außenministerium, XNA, 16.8.95)

Der Tenor der Gedenkfeierlichkeiten stand unter dem ungeschriebenen Motto "Patriotismus fördern, japanische Investoren nicht verärgern". (So treffend NZZ, 11.8.95) -we-

Innenpolitik

* (6) Sommerkonferenzen in Beidaihe: Taiwan-Frage überschattet wirtschaftspolitische Themen

Alljährlich kommt die chinesische Führung im August zu einer Serie von Arbeitstreffen im Badeort Beidaihe zusammen. Diese Treffen nationaler und regionaler Spitzenfunktionäre bilden im Vorfeld der meist im Herbst stattfindenden Plenartagungen des Zentralkomitees ein wichtiges Forum, um über Grundsatzfragen der Wirtschafts-, Personal- und Außenpolitik zu diskutieren. Die Ergebnisse der Besprechungen dringen allerdings meist nur in Bruchstücken nach außen.

In diesem Jahr hat die Taiwan-Frage offenbar zu besonders erregten Debatten und scharfen Tönen geführt. Die Vertreter der Volksbefreiungsarmee versicherten der Parteiführung, daß sie "jederzeit" bereitstünden, um die nationale Souveränität und territoriale Integrität Chinas zu verteidigen. Jiang Zemin, KP-Generalsekretär und Vorsitzender der ZK-Militärkommission, stellte fest, daß man niemals um wirtschaftlicher Interessen willen die grundlegenden politischen Interessen opfern dürfe. Eine harte Haltung gegenüber Unabhängigkeitstendenzen auf Taiwan traf auf breite Unterstützung. Kein chinesischer Führer kann es sich erlauben, in dieser Frage allzu konzessionsbereit zu erscheinen. (LHB, Hongkong, 15.8.95; JB, 1995/9, S.18-21)

Wirtschaftspolitische Fragen wurden auf den Beidaihe-Sitzungen des erweiterten Politbüros offenbar von der Taiwan-Problematik überschattet. Allerdings sollen auf einigen Fachtreffen, die sich mit der Finanz-, Steuer- und Kreditpolitik, den Festlegungen im 9. Fünfjahrplan (1996-2001) sowie mit der

Kampagne zur Korruptionsbekämpfung beschäftigten, deutliche Gegensätze zwischen Vertretern der Regionen und der Zentralregierung sowie zwischen verschiedenen Provinzfürhungen untereinander zutage getreten sein. (ZM, 1995/9, S.8-9)

Beijings regionalpolitische Umorientierung, die vor allem den Inlandsregionen und dem Yangzi-Delta zugute kommen soll, zugleich aber eine allmähliche "Entprivilegierung" der südöstlichen Küstenprovinzen (Guangdong, Fujian) vorsieht, ist heftig umstritten. (*Ming Bao*, Hongkong, 4.8.95, nach SWB, 7.8.95) Besonders die Provinzfürhung Guangdongs sieht sich wachsendem Druck ausgesetzt, die regionale Entwicklung stärker in den Dienst der gesamtstaatlichen Wirtschaftsentwicklung zu stellen (Erhöhung der Beiträge zum Finanzausgleich mit ärmeren Regionen, Unterwerfung unter wirtschaftspolitische Vorgaben der Zentralregierung etc.). Die von Beijing in Gang gesetzte Kampagne zur Korruptionsbekämpfung wird in den Provinzen offenbar als Druckmittel aufgefaßt, das dazu dienen soll, regionale Partei- und Regierungsorgane einer verstärkten Aufsicht durch die Zentrale zu unterstellen. (SCMP, 15./31.8.95; *Hsin Pao*, Hongkong, 10.8.95, nach SWB 12.8)

Die Diskussionen in Beidaihe dienen der politischen Willensbildung in der Parteiführung. Erst das bevorstehende Plenum des KP-Zentralkomitees aber wird konkrete Aufschlüsse über die wirtschafts- und personalpolitischen Pläne der Parteizentrale bieten. -hei-

* (7) Der Fall Harry Wu: Verurteilung und Abschiebung eines prominenten Kritikers des chinesischen Straflagersystems

Der bekannte Kritiker des chinesischen Straflagersystems, Harry Wu (Wu Hongda), ist vom Mittleren Volksgericht der Stadt Wuhan zu fünfzehn Jahren Haft wegen Spionagetätigkeit verurteilt worden. Unmittelbar nach der Urteilsverkündung wurde Wu jedoch in die USA abgeschoben. Dieser Gnadenakt ist offenbar von der Beijinger Führung angeordnet worden, um zu einer Verbesserung des Klimas in den amerikanisch-chinesischen Beziehungen beizutragen.

Harry Wu hatte nach seiner Ausreise in die USA im Jahre 1985 die amerikanische Staatsbürgerschaft angenommen.

In China hatte er zuletzt an einer Hochschule in Wuhan gearbeitet; deshalb wurde das dortige Gericht mit dem Verfahren betraut. Harry Wu war im Juni dieses Jahres bei der Einreise nach China in Xinjiang verhaftet worden. Es ist davon auszugehen, daß der chinesische Geheimdienst ihn zuvor auf seiner gesamten geheimgehaltenen Reiseroute beschattet hatte.

Das Gericht in Wuhan warf Wu vor, in den Jahren 1991-1994 während mehrerer China-Reisen auf illegale Weise geheime Dokumente und Materialien gesammelt zu haben, um die Reputation Chinas im Auftrag ausländischer, antikomunistischer Kräfte zu schädigen. Wu habe ein mehrmonatiges "Training" im Ausland durchlaufen, um sich auf seine verdeckten Ermittlungen in China vorzubereiten (konkrete Vorwürfe an einen amerikanischen Geheimdienst formulierte das Gericht nicht). Er habe sich in China unter anderem als amerikanischer Geschäftsmann und als chinesischer Polizist ausgegeben, um sich geheimes Material über das Strafvollzugswesen zu beschaffen.

Wu habe in einem schriftlichen "Geständnis" die meisten der ihm zur Last gelegten Vergehen eingestanden. Durch sein kooperatives Verhalten habe das Gericht ein "mildes Urteil" fällen können. Das Urteil demonstriere die "Souveränität Chinas und die Würde des chinesischen Rechts". (XNA, 25.8.95)

Harry Wu ist wegen seiner Recherche-Methoden und wegen seines fanatischen Antikomunismus ein auch im Westen umstrittener Mann. Wu hat in den Jahren seit 1991 in mehreren Fernsehdokumentationen über die Zustände in Chinas Straflagern und über den Handel mit Organen hingerichteter Gefangener berichtet. Er wurde mehrfach von Ausschüssen des US-Kongresses als Sachverständiger in Menschenrechtsfragen angehört.

Darüber hinaus hat er auf der Grundlage seiner eigenen Lagererfahrungen zwei Bücher über das chinesische Lagersystem vorgelegt: *Laogai: The Chinese Gulag* (Boulder 1992) sowie *Bitter Winds: A Memoir of My Years in China's Gulag* (New York 1994). Das zweite Buch erschien 1994 in deutscher Übersetzung als *Nur der Wind ist frei: Meine Jahre in Chinas Gulag*.

Wu bekennt sich offen dazu, ein "Feind" des kommunistischen Regimes in China zu sein. Er hat neunzehn Jahre seines Lebens in chinesischen Arbeits-